

Wahlverhalten: Weshalb Geringverdiener gegen ihre Interessen wählen

Geringverdienende wählen oft populistisch. Auch in Brandenburg hat die AfD von ihnen viele Stimmen bekommen. Woran das liegt und was andere Parteien ändern sollten.

Eine Analyse von Marilena Piesker

Aktualisiert am 23. September 2024, 10:36 Uhr

Die AfD ist gegen einen höheren Mindestlohn, möchte das Bürgergeld einschränken und stattdessen die Erbschaftsteuer abschaffen. Populistische Parteien setzen sich selten für Geringverdiener ein. Und sobald sie Teil der Regierung sind, richten sie oftmals erheblichen wirtschaftlichen Schaden an. Selbst wenn sie nur wenige Jahre regieren, sinkt das Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich zehn Prozent, wie eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft zeigt. Das wiederum trifft vor allem Geringverdiener, die ihre Jobs verlieren, unter der Inflation leiden oder keine Lohnerhöhungen bekommen.

Trotzdem gibt die AfD vor, die Partei der Durchschnittsbürger zu sein und vor allem für diejenige Politik zu machen, die kaum Vermögen haben und wenig verdienen. Eine Rhetorik, die ankommt. Viele Menschen wählen mitunter aus Angst vor Altersarmut die AfD, zeigt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Während etwa die Hälfte aller Wahlberechtigten sich vor Altersarmut fürchtet, sind es bei den AfD-Wählern mehr als 60 Prozent. Der Großteil jener Wähler ist in der unteren Mittelschicht zu finden.

Gleichzeitig ordnen sich AfD-Wähler unabhängig von ihrem Einkommen in der Gesellschaft niedriger ein als es ihrem eigentlichen Stand entspräche. Warum wählen Menschen Parteien, die ihnen – zumindest finanziell gesehen – nicht wirklich helfen?

Einfache Lösungen, klare Schuldige

"Menschen, die sich abgehängt fühlen und keine realen Chancen auf sozialen Aufstieg sehen, tendieren dazu, populistische Parteien zu wählen", sagt Florian Neumeier, der am ifo Institut zur Finanzpolitik forscht. Populistische Parteien überzeugen, indem sie etwa einen klaren Schuldigen für Krisen identifizieren.

Eine oft verwendete Definition des Politikwissenschaftlers Cas Mudde beschreibt den Populismus als eine einfache Ideologie, die die Gesellschaft in zwei Gruppen teilt: das Volk und die korrupte Elite. Als populistisch gilt eine Partei also dann, wenn sie die Bevölkerung als von korrupten Eliten unterdrückt darstellt. Ebenso weiß nur diese Partei angeblich genau, was das Volk will, und gibt an, das durchsetzen zu wollen. Die AfD greift diese populistische Rhetorik auf, wenn sie von "Altparteien", "der Elite" und "den normalen Bürgern" spricht.

Solche Aussagen scheinen derzeit nur deshalb so gut anzukommen, weil viele Menschen unzufrieden sind. "Man wird aus Frust und Enttäuschung empfänglicher für populistische Parteien", sagt Neumeier. Dieser Frust speist sich laut dem ifo-Experten aus der weiter zunehmenden Ungleichheit. Deutschland zählt mittlerweile zu den fünf Ländern mit der größten Vermögensungleichheit in Europa.

Daten der Europäischen Zentralbank (EZB) zeigen sogar, dass Deutschland so ungleich ist wie kein anderes europäisches Land. Hierzulande besitzen die reichsten fünf Prozent rund 48 Prozent des Gesamtvermögens. Etwas mehr als zum Beispiel in Italien mit 46 Prozent, wo mit der Fratelli d'Italia aktuell eine rechtspopulistische Partei an der Regierung ist. Und während wohlhabende Haushalte hierzulande ihr Vermögen in den vergangenen 25 Jahren verdoppeln konnten, hat sich das der ärmeren Hälfte der Bevölkerung kaum verändert.

<https://www.zeit.de/arbeit/gemeinde-gehalt-deutschland-vergleich-daten-entwicklung>

Der Gehaltsvergleich für Ihren Ort

In welchen Gemeinden wohnen die Menschen mit den niedrigsten oder den höchsten Gehältern? Vergleichen Sie sich mit Ihren Nachbarorten.

Daher ist die AfD nicht zufällig in ostdeutschen Bundesländern so erfolgreich, wo viele Menschen prekärer leben als in Westdeutschland. Im Osten verdienen sie bei gleicher Qualifikation vierzehn Prozent weniger als im Westen. Gleichzeitig sind dort deutlich mehr Menschen arbeitslos. Die Hans Böckler Stiftung konnte zeigen, dass viele Angestellte in Ostdeutschland nicht nach Tarif bezahlt werden und somit nicht nur schlechter entlohnt, sondern auch seltener für den Urlaub oder zu Weihnachten bezuschusst werden. Insgesamt sind die Arbeitsbedingungen im Osten Deutschlands also schlechter als im Westen.

Kaum ostdeutsche Vermögende

Dass der durchschnittliche westdeutsche Haushalt mit 121.500 Euro etwa doppelt so wohlhabend ist wie der in Ostdeutschland mit knapp 50.000 Euro, stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bereits 2019 fest. Auch besitzen Ostdeutsche

seltener Immobilien als Westdeutsche. Das gilt sogar in den ostdeutschen Großstädten: In Leipzig gehören 70 Prozent der Eigentumswohnungen Menschen aus Westdeutschland.

Auch die Topvermögenden leben tendenziell selten in Ostdeutschland. Laut einer Vermögensliste des Manager Magazins aus dem Jahr 2023 befindet sich unter den reichsten Menschen des Landes nur ein einziger Ostdeutscher: Holger Loclair. Der Manager von Orafol Europe, einem Folienunternehmen, hatte zu dem Zeitpunkt ein Vermögen von 600 Millionen Euro.

Was eine andere Finanzpolitik ändern könnte

Warum Ostdeutsche heute so wenig Vermögen haben, ist durchaus komplex. Zum einen hängt es mit den geringeren Löhnen zusammen, die es mitunter verhindern, sich Besitz anzueignen. Größtenteils entscheidend für die Vermögensungleichheit zwischen Ost und West sind allerdings Erbschaften, sagt Julia Jirrmann, Ökonomin beim Netzwerk Steuergerechtigkeit. Große Vermögen werden innerhalb der Familie von Generation an Generation weitergegeben. Aber nur zwei Prozent aller Erbschaften gehen jährlich an Menschen im Osten, obwohl dort immerhin 16 Prozent der Bevölkerung leben.

Das liegt daran, dass viele ostdeutsche Familien bis zur Wende 1989 schlichtweg kein Vermögen aufbauen konnten. Anders als Westdeutschland strebte die DDR nach staatlichem oder gemeinschaftlichem Besitz. Etliche Unternehmer wurden noch bis in die 1970er Jahre hinein enteignet, Firmen verstaatlicht. Gleichzeitig konnten Menschen, die Mehrfamilienhäuser besaßen, jene oft nicht halten. Die Mieten wurden staatlich vorgegeben und waren so gering, dass Vermietung unrentabel wurde.

Die Inflation und ihre Folgen

Wer wenig Erspartes hat, hat es während ökonomischer Krisen schwerer, sein Leben zu finanzieren. Mittlerweile liegt die Inflation bei einem Wert von zwei Prozent, doch besonders in den vergangenen zwei Jahren sind die Preise erheblich gestiegen: 2022 um sieben und 2023 um sechs Prozent. Etliche Menschen konnten in dieser Zeit ihre Energierechnungen nicht so einfach zahlen. Wenn die Opposition dann eine einfache Lösung verspricht und die Ampel-Koalition als Schuldigen ausmacht, kommt das gut an.

Sicherlich ist Finanzpolitik erst einmal für viele Menschen abstrakt und weit entfernt vom eigenen Leben. Wenn Finanzminister Christian Lindner beschließt, mit der Schuldenbremse Milliarden einzusparen, verzweifeln die meisten bei solchen Nachrichten nicht sofort. Allerdings wirken sich diese finanziellen Entscheidungen langfristig direkt und spürbar auf das tägliche Leben vieler aus. "Die Finanzpolitik bestimmt mit, was den Menschen an Einkommen zum Leben zur Verfügung steht und wie Einkommen und Vermögen im Land verteilt sind", sagt er ifo-Experte Neumeier. Zum Beispiel durch Sozialabgaben und Steuern.

Mehr Arbeit macht nicht reich

"Derzeit schafft der Staat wenig Anreize für Menschen, die ein geringes Einkommen haben, damit sie mehr arbeiten oder überhaupt arbeiten", sagt Neumeier. Das zusätzlich erarbeitete Bruttoeinkommen würde durch Steuern und Sozialausgabenaufgebraucht. Gleichzeitig entfielen etwa der Anspruch auf Wohngeld. Mehr zu arbeiten, würde die Menschen also nicht reicher machen.

Außerdem bestimmt die Finanzpolitik, wie der Besitz in Deutschland verteilt wird. Zum Beispiel gibt es seit dem Jahr 1997 keine Vermögenssteuer mehr. Gleichzeitig werden Unternehmen teilweise von der Erbschaftsteuer befreit. Das Vermögen vieler deutscher Milliardäre, wie der BMW-Erbin Susanne Klatten oder dem Lidl-Gründer Dieter Schwarz, fußt aber auf Unternehmen und Kapitalbesitz wie Aktien. Das sorgt dafür, dass Milliardäre steuerlich besser gestellt sind als Menschen aus dem Mittelstand.

Was sich ändern müsste

Was müsste eine Finanzpolitik, die populistischen Parteien entgegenwirkt, also tun? In erster Linie den Frust der Wählerinnen und Wähler ernst nehmen, sagt Alexander Kriwoluzky, der am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung die Abteilung Makroökonomie leitet. "Wenn die demokratischen Parteien, aus guten Gründen, keine einfachen Antworten geben möchten, müssen sie die Bedenken und Sorgen eben anderweitig auffangen."

So könnte eine Finanzpolitik Gewerkschaften stärken, indem sie zum Beispiel Tarifgehälter steuerlich privilegiert behandelt. Auch könnte sie höhere Steuern auf besonders große Vermögen einführen, wie es die Ökonomin Jirrmann fordert. Sie meint damit zum einen eine Vermögenssteuer von mindestens zwei Prozent im Jahr, die sich eben nicht auf Einkommen aus Erwerbsarbeit bezieht. "Es darf keine steuerlichen Ausnahmen bei großen Erbschaften mehr geben", sagt sie.

Allein eine Vermögenssteuer hätte dem deutschen Staat in den vergangenen 30 Jahren 380 Milliarden Euro eingebracht. Geld, das Deutschland einsetzen könnte, "um in die Bildung, neue Wohnungen und die Infrastruktur vor allem auf dem Land zu investieren", wie Jirrmann sagt. Dazu gehören laut Kriwoluzky auch gut ausgestattete Schulen und Universitäten. Damit sich dort weniger Menschen benachteiligt fühlen und weniger für populistische Parteien stimmen.